

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

99 (28.4.1908)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Lotterie
5,000 Bar.
Götz

Reparaturen
Pumpe
Mechaniker

etuzetroffen
sherlinge
15
alta-
trotfeln
10
uch & Co.

glerrinnen
mädchen
hem. Waldsch

verdiens
erfahrungen

d Verkauf
Strecker
kleider-
treste
Rabatt

er Baer
lsruhe
Verlegung

Götz
15 Karlsruhe

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 3144.
Sprechstunde der Redaktion: 12-1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redaktion, Legie Post, Feuilleton und Unter-Beilage: J. B. B. Kolb; für den übrigen Inhalt: Herrn. Kadel.

Insertate: Die einbaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Insertate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Insertaten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Insertate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag:
Verlagsgesellschaft Carl Ziegler & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den Inseratenteil verantwortlich:
Carl Ziegler in Karlsruhe.

Die Konservativen.

Zum preussischen Landtagswahlkampf gerade rechtzeitig, obwohl nicht eigentlich dazu bestimmt, dem politischen Kampfe zu dienen, kommt ein Buch des Dozenten der Berliner Humboldt-Akademie Dr. Oskar Stillich „Die Konservativen“ (Leipzig 1908 bei Klinkhardt), das eine wissenschaftliche Darstellung ihrer Grundsätze und ihrer geschichtlichen Entwicklung sein will, und als erster Band eines Werkes über „Die politischen Parteien in Deutschland“ gedacht ist. Sinter seiner Absicht, eine wissenschaftliche Darstellung großen Stils zu sein, bleibt das Buch in seiner Ausführung weit zurück, ja es enthält sogar einige grobe Irrtümer, die einem berufenen Darsteller der deutschen Parteipolitik nicht hätten passieren dürfen. So wird das alte Verhältnis zum Königtum und die Stellung der Konservativen zur Welt- und Flottenpolitik völlig schief dargestellt. Trotzdem bleibt Stillichs Buch eine wertvolle Methode wie durch sein Material ein nützlicher Beitrag zur Erkenntnis der Kräfte, die in der preussischen Politik tätig und am Ruder sind.

Stillich hat von Marx genug gelernt, um die Parteipolitik als eine Geschichte von Klassenkämpfen zu bezeichnen, nicht als Parteimann, sondern als objektiver Beobachter erkennt er in der konservativen Partei die politische Vertretung der Junkerklasse. Die entgegengesetzte Bewertung der konservativen Partei, eine Vertreterin von Allgemeininteressen zu sein, weist er als eine notwendige Selbsttäuschung nach, der alle politischen Parteien unterworfen seien. Auch den Anspruch der Konservativen, vor allem eine staatsverhaltende Partei sein zu wollen, weist Stillich mit treffenden Bemerkungen zurück; so gut wie alle andern Parteien will auch die konservative den Staat keineswegs so erhalten wie er ist, sondern strebt die Beseitigung und Abänderung wichtiger Staatseinrichtungen an.

Wissenschaftlichkeit kann Stillich den geistigen Grundlagen der konservativen Parteipolitik nicht zuerkennen und kann sie auch nicht erwarten von einer Partei, für deren fanatischen Bildungshatz er eine ganze Reihe schlauber Beweise erbringt. Was insbesondere das Verhältnis der Konservativen zur Sozialdemokratie betrifft, macht sich die Ansicht Wageners zu eigen, daß dieses Verhältnis auf der vollständigen Unwissenheit des einen Teils über den andern (nämlich des konservativen über den sozialdemokratischen) beruhe. Wagener, der bekannte konservative Parteimann, schrieb darüber in seinen Lebenserinnerungen:

Leider ist es eine üble Angewohnheit der konservativen Partei, diese Leute (die Sozialdemokraten) und ihren Anhang zu unterschätzen, obschon das Gros derselben (der konservativen) auch nicht entfernt die volkswirtschaftliche Bildung besitzt, deren sich selbst die untergeordneten Führer der Sozialdemokratie erfreuen. ... Als in den sechziger Jahren die Sozialdemokratie einen so bedeutenden Aufschwung nahm, sprachen mir mehrere (konservative) Parteigenossen ihre Ansicht dahin aus, daß die Sozialdemokratie doch eigentlich lauter Unfuss sei und daß sie sich getrauten, die sozialdemokratischen Redner in einer Unterredung zu widerlegen. Durch meine Vermittlung wurde ein solches Rednerturnier arrangiert, und zwar wurden die Vertreter von jener (sozialdemokratischen) Seite aus dem Handwerkerstande genommen. Nach Verlauf einer Viertelstunde waren die Konservativen nicht bloß stumm, sondern auch ob ihrer großen Unwissenheit vollkommen klammert.

Stillich findet die Beobachtung Wageners auch noch heute richtig. Er schreibt:
Das Streben nach Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie, die doch die politische Interessen-Vertreterin der Arbeiterklasse ist, hängt bei der konservativen Partei damit zusammen, daß sie sich durch die Sozialdemokratie in ihrem Besitzstand, wie in all ihren Anschauungen bedroht sieht, kann aber auch damit, daß die Vorstellung, die sich die Konservativen von dieser radikalen Partei machen, eine ganz schiefe ist. Wie die Erde im Luftmantel, so umgibt auch die konservative Partei ein Nebel von Vorstellungen über die Sozialdemokratie. Wer die konservative Presse liest, muß, auch wenn er ursprünglich anders denkt, durch die suggestive Kraft der immerwährenden Wiederholung ein fertiges Bild von jener eine andere Weltanschauung vererbenden Partei bekommen.

An einer anderen Stelle schreibt Stillich:
Die konservative Partei ist absolut unfreisch ihren eigenen Grundsätzen gegenüber. Sie ist in dieser Beziehung zu ihrem Nachteil das Gegenteil der Sozialdemokratie. ... Der geistige Gehalt der konservativen Parteitage ist ein außerordentlich geringer. Wo die Konservativen aber die Sonde der Kritik anlegen, z. B. gegenüber der Sozialdemokratie, muß man wirklich staunen, mit welcher Oberflächlichkeit hier mit Prinzipien der eigenen Partei die andere getötet wird und wie der ganze wissenschaftlich kritische Apparat nahezu steril bleibt. Ja, nicht einmal die Terminologie (Sozialismus — Anarchismus) ist bekannt.

Man kann Stillichs Buch trotz seiner bereits angedeuteten Mängel allen, besonders aber den freisinnigen Blochbrüdern der Konservativen zur angelegentlichen Lektüre empfehlen. Man kann hier aus einer Fülle urkundlichen Materials ersehen, wie eigentlich die Gesellschaft beschaffen ist, in deren Dienst und nach deren Methode jetzt auch der Freisinn die Sozialdemokratie bekämpft.

Politische Uebersicht.

Die liberale Sezession.

Die von der freisinnigen Vereinigung abgesprengte Gruppe der bürgerlichen Demokratie beginnt ihre ersten Gehversuche. Am Samstag beschloß der Berliner Sozialliberale Verein seinen korporativen Austritt aus der freisinnigen Parteiorganisation. Alle Redner, unter ihnen Barth, Breitscheid und v. Gerlach waren darin einig, an die Zukunft ihrer politischen Sonderexistenz zunächst keine übertriebenen Hoffnungen zu knüpfen. Vielmehr wurde der Austritt damit begründet, daß die Aussichten eines wirklichen Liberalismus innerhalb des Freisinns noch verzwweifelt lägen als außerhalb der Parteiorganisation. Die Nichtigkeit dieser Auffassung wurde nur von einigen unentwegten Kammermännern bekämpft, während ein Vertreter der freisinnigen Arbeiter Partei erklärte, es sei besser in Ehren unterzugehen als in der freisinnigen Partei zu verbleiben.

Inzwischen hat der bekannte Teltow-Beeskower Kandidatenfandal zu merkwürdigen Verwicklungen geführt. In Teltow-Beeskow sollte nach dem Spruch des freisinnigen Einigungsanschlusses ein Mitglied der freisinnigen Vereinigung zusammen mit einem Nationalliberalen kandidieren. Die Organisation der Volkspartei beschloß aber, sich über diesen Schiedsspruch hinwegzusetzen und das freisinnige Mandat selber zu beisehen. Herr Müller-Sagau, der Vorsitzende des Einigungsanschlusses, der selber dem Schiedsspruch zugestimmt hatte, betrieb und befürwortete diesen Beschluß. Dieser Beweis volksparteilicher Bundestreue brachte die Organisation der freisinnigen Vereinigung so in Harnisch, daß sie beschloß, eine demokratische Protestkandidatur Breitscheid-Witt mit allen Kräften zu unterstützen, obwohl nicht bloß Dr. Breitscheid, sondern auch Herr Witt-Wansee der Partei eben erst den Rücken gefehrt hatten. Die Situation hat etwas Lustspielmäßiges: die eben erst in Frankfurt beschlossene Einigkeit geht in die Brüche und die offizielle Parteiorganisation unterstützt Kandidaten, mit denen man sich erst vor ein paar Tagen unter erheblichem Lärm auseinandergesetzt hatte. Der Austritt der Gruppe Barth-Breitscheid sollte dem Freisinn den inneren Frieden bringen, man atmete auf, daß man die Ruheföhler los war und jetzt beginnt vor den Toren Berlins aufs Neue der mörderische Bruderkrieg mit dem Schlachtruf: Viepmann-Tubenthal hier, Breitscheid-Witt dort! Die Kraft der neuen „bürgerlichen Demokratie“ und der sie unterstützenden freisinnigen Vereinigung ist in Teltow-Beeskow nicht größer als anderswo, die Berrücktheit des Dreiklassen-systems kann aber noch recht tolle Verwicklungen herbeiföhren, falls es den Sezessionisten gelingen sollte, auch nur eine Handvoll Wahlmänner durchzubringen. Aber schon heute wird man in der Redaktion der „Freisinnigen Zeitung“ mit Ingrimm bemerken, daß die „Demagogen“ noch immer nicht ganz so tot sind, wie es ihnen freisinnige Bruderkiebe schon lange gewünscht hatte.

Deutsche Politik.

Das Vereinsgesetz in Württemberg.

Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ teilte kürzlich mit, daß ein im „Schwäbischen Merkur“ erscheinender Auszug aus der zu erwartenden Vollzugsverordnung zum Vereinsgesetz nur ein „vorläufiger Entwurf“ sei, der nur durch eine „bedauerliche“ In-diskretion in die Öffentlichkeit gebracht worden sein kann. Nach dem Entwurf soll wie bisher bei öffent-

lichen Versammlungen in geschlossenen Lokalen die öffentliche Anzeige durch Zeitung, Plakat oder Ausrufen genügen, wenn dies 24 Stunden vorher geschieht. Dagegen sollen öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auch in Württemberg der Genehmigung des Oberamts bedürfen. Die Landeszentralbehörden sind nach dem Gesetz berechtigt, bei öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel und bei öffentlichen Aufzügen insofern Ausnahmen zu gestatten, als sie eine Erziehung der vorgeschriebenen Genehmigung durch bloße Anzeige oder öffentliche Bekanntmachung zulassen können. Diese Einrichtung ist nun in der württembergischen Vollzugsverordnung für diejenigen Versammlungen unter freiem Himmel und öffentlichen Aufzügen vorgeesehen, welche nicht zu politischen Zwecken veranstaltet werden, andere derartige, d. h. politische Veranstaltungen dagegen sollen der oberamtlichen Genehmigung bedürfen, während bisher für politische Versammlungen aller Art eine öffentliche Bekanntmachung genügt und für öffentliche Aufzüge überhaupt keine Formvorschrift gegeben war.

Wenn nach diesem Schema verfahren wird, dann werden alle Veranstaltungen mißliebiger politischer Parteien als politische erklärt werden, dadurch genehmigungspflichtig und können vereitelt werden.

Es heißt dann im Entwurf weiter: „Zur Ausübung der ihm zustehenden Aufsicht (d. h. Beaufsichtigung der öffentlichen Versammlungen) ist das Oberamt berechtigt, in jede öffentliche Versammlung eine oder zwei Beauftragte zu entsenden oder die Ortspolizeibehörde mit der Entsendung solcher zu beauftragen, welche befugt sind, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären.“

Wenn nun diese Beauftragten noch in Polizeiform erscheinen, dann ist auch Württemberg unter gesell. Mitwirkung des Ritters von Bayer verpreußt und kann sich der Blochfrüchte tagtäglich erfreuen in seiner Zusammenkünfte. Jetzt geht den Liberalen ein Licht auf, welchen Zuständen Württemberg entgegengeht und sie schreiben nach besserer Ausgestaltung der Vollzugsverordnung, die aber am reaktionären Gesetz selbst nichts ändern kann. Da der Landtag am 5. Mai zusammentritt, werden auch die sozialdemokratischen Abgeordneten Anträge zur Ausgestaltung der Vollzugsverordnung in den nächsten Tagen einbringen und eine öffentliche Verhandlung durchzusetzen haben.

Ein nationalliberaler Rotschrei.

Der gekündigte Chefredakteur der „Nationalzeitung“, Dr. Garmis, veröffentlicht in seinem Blatt, das am 1. Juli unter die Direktion des Herrn Kronsbein von der „Post“ gestellt werden soll, eine vergebliche Warnung:

Es ist im gegenwärtigen Augenblick notwendiger denn je, die geschlossene Selbstständigkeit der Partei zu betonen. Denn offenkundiger als je sind in letzter Zeit Bestrebungen vorgetreten, die darauf hinauslaufen, der Partei Gewalt anzutun. Es ist offen aufgefordert worden zur Gründung eines Bundes der Arbeitgeber, nach dem Muster des Bundes der Landwirte, der — das wurde in dürren Worten als der Zweck der Uebung bezeichnet — der nationalliberalen Partei das Anie auf die Brust setzen oder versuchen sollte, ihre industrielle Anhängererschaft ins konservative Lager überzuführen. Ein ungeschickterer und unglücklicher Vergleich als mit dem Bunde der Landwirte hätte, bei der Enthüllung dieser Pläne, gar nicht gezogen werden können. Es kann keiner Berufs-kategorie und keinem Stande verwehrt werden, sofern er im Rahmen der bestehenden Parteien seine Vertretung nicht glaubt finden zu können, eine neue Partei zu gründen. Aber dagegen werden sich die Parteien auf das Entschiedenste wehren müssen, daß unter dem Deckmantel eines neutralen Zusammenschlusses eine neue Vormundschaft über bestehende Parteien eingerichtet werde.

Gleichgültig, ob der neue Arbeitgeberbund gegründet wird, oder nicht, die nationalliberale Partei ist heute schon vom Gelde der industriellen Scharfmacher abhängig und untersteht ihrem Kommando.

Zur Gemeindevahlreform in Bayern.

Bekanntlich hat die bayerische Staatsregierung angekündigt, daß sie noch für die diesjährigen Gemeindevahlen die Anwendung des Verhältnis-systems anordnen werde, wenn die beiden Kammern sich damit einverstanden erklären würden. Das letztere ist inzwischen geschehen, sodas die Regierung nichts weiter zu tun hätte, als das gegebene Versprechen ohne weiteres zu erfüllen. Wie aber in einer Sitzung des Stadtmagistrats Bamberg ausgeplaudert wurde, ist an die Gemeindeverwaltungen ein Rundschreiben des Staatsministeriums gelangt, in dem angefragt wird, wie sich die Gemeinden zu dem Proporz stellen, ob sie damit einverstanden seien, wie viele Sozialdemokraten voraussichtlich bei Anwendung des Pro-

vorzuges gewählt würden usw. Was diese Fragerei bezwecken soll, ist nicht recht ersichtlich; die Gemeindeverwaltungen, die zumeist in der Hand von Aristen sind, werden sich selbstverständlich über ein System, das ihre Alleinherrschaft bedroht, nicht günstig aussprechen. Interessant ist auch, daß man sich so angelegentlich nach der Stärke der sozialdemokratischen Gemeindegewähler erkundigt; das gibt den Anschein, als ob man auf einen Kniff fände, um zu verhindern, daß die Sozialdemokraten in den Gemeinden zu größerem Einfluß gelangen.

Ausland.

Schweiz.

Italienerkongress in der Schweiz. In Zürich tagte kürzlich eine Versammlung von Vertretern italienischer Vereinigungen, Gewerkschaften, Konsum-, Bildungs- und Hilfsvereine. Es waren vertreten 11 Konsumvereine, 19 Gewerkschaften, 7 republikanische, 21 sozialdemokratische und 8 Bildungs- und Hilfsvereine, mithin 64 Delegierte. Um zu verhindern, daß die italienischen Arbeiter in größerer Anzahl als es die Marktlage in den verschiedenen Ortsschaften erfordert in die Schweiz kommen und so, von der Not getrieben, zu Lohnrüdnern werden, soll eine Zusammenkunft der italienischen Arbeitskammer und der italienischen Gewerkschaften mit den schweizerischen Gewerkschaften und mit den verschiedenen Arbeitsnachweislstellen herbeigeführt werden.

Rußland.

Die Hungersnot in Permank. Die Nachrichten über den Saatensand in Südrussland lauten tröstlos, insbesondere aus dem Don- und Wolgarebiet, wo die Winterausfaat völlig erfroren ist. Ebenso sind die Weinberge durch Frost vernichtet. Infolge Mangels an Saatforn konnte keine neue Bestellung der Felder vorgenommen werden.

Heimarbeits-Ausstellung in Frankfurt a. M.

Aus der Bekleidungsindustrie.

Die Bekleidungsindustrie nimmt den breitesten Raum ein, ihre Erzeugnisse füllen einen großen Saal. Vornehmlich sind es die Herrenkonfektion, die Maßschneiderei und die Wäschekonfektion, die sehr viel Heimarbeitsprodukte ausgestellt haben. Die südwestdeutsche Herrenkonfektion erfreut sich bekanntlich eines guten Rufes bezüglich der Güte ihrer Sachen. Die Arbeitsverhältnisse sind aber auch im Ausstellungsbetriebe, wie anderswo, alles andere eher als gut.

Die Herrenkonfektion ist fast ausschließlich Heimarbeit, nur wenigen Betriebswerkstätten existieren. In großen Massen werden die zugeschnittenen Stoffe den Heimarbeitern übergeben, die den Anzug vollkommen fertig wieder abliefern. Innerhalb der Hausindustrie selbst herrscht eine gewisse Arbeitsteilung insofern, als ein Teil der Arbeiter nur Hosen, ein anderer nur Westen und wieder ein anderer nur Großstücke, Sakko oder Rock anfertigt.

Das Ausstellungsgelände zeigt zirka 1600 Heimarbeiter der Herrenkonfektion auf, die in zahlreichen Ortsschaften verstreut wohnen, in Frankfurt a. M. und nächster Umgebung zirka 850, im übrigen Teil des Regierungsbezirks Wiesbaden zirka 250, im Regierungsbezirk Kassel zirka 150, in Oberhessen zirka 50, im Kreise Offenbach a. M. zirka 100, im Odenwald und an der Bergstraße zirka 200 und in der Provinz Rheinhessen zirka 500. Die Heimarbeiter arbeiten fast alle nach Frankfurt a. M., Mainz, Darmstadt und Worms, vereinzelt auch nach Speyer und Köln. Es handelt sich fast ausschließlich um Männer, nur zirka 50 weibliche Heimarbeiter kommen in Frage und diese nur für Knaben und Arbeiterkonfektion. Männer wie Frauen sind sämtlich „gelernte Arbeiter“, von den Männern haben viele früher in der Maßschneiderei gearbeitet. Aus den für die Ausstellung vorgenommenen Erhebungen entnehmen wir, daß von 565 männlichen Heimarbeitern

5 unter 20 Jahren, 128 zwischen 20—30, 291 zwischen 30 bis 40, 81 zwischen 40—50, 44 zwischen 50—60, 14 zwischen 60—70 und 2 über 70 Jahre alt waren. Die große Mehrzahl, zirka 480, sind verheiratet.

Die Familienangehörigen werden vielfach zur Hilfe herangezogen, am häufigsten die Frauen, ferner arbeiten 87 Kinder über 14 Jahre und zirka 40 andere Angehörige mit, auch werden Kinder unter 14 Jahren mit dem Ausziehen der Reihfäden und mit Abholen und Abliefern beschäftigt. Trotzdem es auch in der Konfektion eine Saison gibt, ist die Beschäftigung doch ziemlich während des ganzen Jahres gleichmäßig, nur im Frühjahr und Herbst erfährt sie eine Steigerung und im Sommer besorgt ein Teil der Heimarbeiter nebenbei landwirtschaftliche Arbeiten, einige finden auch in der Arbeit für Privatfondschafft einen Nebenerwerb. Die Arbeitszeit ist sehr lang, von morgens 1/7 Uhr bis abends 1/2 Uhr ist die Regel, dieser Arbeitstag von 14 Stunden wird durch kleine Essenspausen um höchstens 1—1 1/2 Stunden gekürzt. Während der Saison wird die Arbeitszeit noch verlängert und im Winter bis tief in die Nacht hinein ausgedehnt. Die eigenen Kinder der Heimarbeiter im Alter von 14—16 Jahren arbeiten in fast allen Fällen genau so lange wie die Erwachsenen, der geringe Schutz, den die Gewerbeordnung jugendlichen Arbeitern gewährt, existiert für sie nicht.

Der Arbeit der Gewerkschaft verankern die Konfektionschneider einen Tarifvertrag, der im Jahre 1906 zwischen dem Verband süddeutscher Kleiderfabriken und den Verbänden der Schneider (freier und christlicher) abgeschlossen worden ist. Der Tarif enthält nicht weniger als bis zu acht Lohnklassen. Hierdurch und durch die Unterschiede in der Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeiter werden große Verschiedenheiten in den tatsächlichen Stundenverdiensten bedingt. Die Bruttolöhne schwanken nach einer Berechnung des Fachauschusses in den geringen Lohnklassen zwischen 20—30 Pf., in den höheren zwischen 25—35 Pf. für die Stunde, sie sinken vereinzelt unter 20, ja bis auf 13 Pf. und steigen in seltenen Fällen bis auf 40—50 Pf. bei besonders tüchtigen Schneidern. Der durchschnittliche Bruttolohn wird — abgesehen von den Heimarbeitern des Speers und der Abön, die niedriger sind — auf 25 Pf. für Hosen und Westen und 30 Pf. für Sakko und andere Großstücke anzunehmen sein. Von dem Bruttolohn kommen die Auslagen für Garn, Seide, Nadeln, Bügelkohlen u. a., sowie die Kosten für Abnutzung der Maschine und anderes Handwerkszeug in Abzug, was insgesamt auf 3—5 Pf. für die Stunde berechnet werden muß, jedoch die Nettolöhne sich auf 22—30 Pf. im Durchschnitt belaufen. Wenn man sich daran erinnert, daß in dieser Branche ausschließlich gelernte Arbeiter in Frage kommen, so müssen die Löhne als außerordentlich gering bezeichnet werden und es ist zu verstehen, daß übermäßig lange Arbeitszeit die Regel bilden und Sonntagsarbeit häufig anzutreffen ist.

Die Konfektion aus Wschaffenburg hat Sportkleidungsstücke ausgestellt, die nach Angabe der Etiketten den Heimarbeitern Stundenlöhne von 70—84, ja bis 91 Pf. eintragen sollen. Jeder Kenner der wirklichen Verhältnisse kann hierdurch aber nicht getäuscht werden, denn die Löhne in Wschaffenburg sind bedeutend niedriger.

Die gewerkschaftliche Organisation hat unter den Konfektionschneidern in Südwestdeutschland bereits guten Fuß gefaßt und sie wird auch nach Ablauf des jetzt geltenden Tarifs wieder für Verbesserung der Verhältnisse sorgen, wie vor zwei Jahren beim Konfektionsarbeiterstreik.

Die soziale Versicherung ist nur äußerst mangelhaft durchgeführt, noch nicht einmal die Hälfte der Arbeiter gehört der Krankenversicherung an und die Invalidenversicherung steht überhaupt nur auf dem Papier.

Die Wäschekonfektion, die Sachen aller Art und der verschiedensten Qualität, von der gewöhnlichen Stapelware bis zu den elegantesten Stücken ausgestellt hat, beschäftigt fast nur weibliche Heimarbeiter, deren Zahl nicht genau festgestellt, aber sehr hoch ist. Von ca. 500 Heimarbeiterinnen, von denen genaue Angaben vorliegen, ist die größere Hälfte verheiratet. Die Beschäftigung in der Wäschekonfektion ist fast im ganzen Jahre gleichmäßig, nur vor

Weihnachten erfährt sie eine Steigerung und in den Monaten Januar und Februar fällt sie etwas. Das Charakteristikum der Heimarbeit, unendlich ausgedehnte Arbeitszeit, ist in der Wäschekonfektion häufig zu treffen auch Sonntagsarbeit ist nicht selten. Die zu beiden gehörige Begleitercheinung, niedriger Lohn, fehlt natürlich auch nicht, finden wir doch Stundenlöhne von 9 Pf. an und gar nicht selten. Vereinzelt erreichen sehr geschickte Arbeiterinnen Löhne von 40 Pf. für die Stunde, im Durchschnitt bewegen sich aber die Löhne in der bescheidenen Grenze von 10—20 Pf. Der Leiter des Fachauschusses konstatiert, daß die Löhne für bessere Arbeit infolge der darauf verwendeten längeren Arbeitszeit trotz der verhältnismäßig hohen Stücklöhne meist keinen höheren Stundenverdienst ergeben, als der bei den einfachen Lager- und Massenartikeln erzielt wird. In fast allen Fällen hat die arme Näherin die Maschine auf Abzahlung erworben müssen und zwar zu einem sehr hohen Preise und muß neben den Ausgaben für Garn usw. noch oft regelmäßige Abgaben an den Maschinenhändler von ihrem geringen Verdienst leisten.

Die Notwendigkeit der Organisation haben die Wäschekonfektionnerinnen noch nicht erkannt, nur wenige gehören gewerkschaftlichen Organisationen an. Die gesundheitslichen Verhältnisse werden als nicht besonders günstig bezeichnet. Unterleibsleiden, Blutmarm und Nervosität sind sehr verbreitet. Neben diesen beiden Abteilungen sind die anderen Branchen der Bekleidungsindustrie in geringerer Maße vertreten. Wir finden noch die Hutfabrikation, die rund 200 Heimarbeiterinnen saisonweise beschäftigt und etwas bessere Verhältnisse als die Wäschekonfektion aufweist. Daneben steht aber die Filzstrickerin mit sehr feinen Erzeugnissen und unendlich traurigen Löhnen: 13 Pf. 4—7, wenn hoch kommt 10 Pf., fann die im hohen Maße wohlhabende Filzstrickerin bei ihrer an Geschick und Ausdauer festigkeit große Ansprüche stellenden Arbeit erwerben. Auch die Häkel- und Strickerin, die hauptsächlich in Hosen und Untertranken betrieben werden und ca. 1000 Arbeiterinnen, wovon ein Drittel im Alter von 14—16 Jahren sind, beschäftigen, bringen nur Stundenlöhne von 7—11 Pfennig, selten mehr. Ähnliche Löhne verzeichnen die ausgestellten Gegenstände der Blusen- und Korsettmachen, die Gürtelnäherin trägt sehr geschickten Arbeiterinnen etwas mehr ein bis zu 24—30 Pf. Die Arbeitszeit ist für alle lang, 10, 12 auch 15 und 16 Stunden und dazu kommt nicht selten Sonntagsarbeit. Die Gesundheitsverhältnisse sind ebenfalls ungünstig, auch bei diesen Arbeiterinnen sind Blutmarm und Nervosität oft ständige Gäste.

Somit Frauenarbeit in Frage kommt, und das ist bei der Mehrzahl der erwähnten Branchen der Fall, sind also die Löhne so niedrig, daß sie eine angemessene Lebensführung nicht gestatten, wenn die Arbeiterinnen auf sie angewiesen sind. Selbst gesundheitsgefährliche Ueberarbeiten reicht in vielen Fällen nicht aus, den allernotwendigsten Lebensunterhalt zu erwerben.

Badische Politik.

Die Budgetkommission des Bad. Landtags

nahm gestern Nachmittag ihre Beratungen wieder auf und beschäftigte sich mit der Frage der Personentarifreform. Das dieselbe für Baden ein sehr ungünstiges Ergebnis hatte, steht heute schon außer allem Zweifel. Nach den jetzt vorliegenden finanziellen Resultaten beträgt der Einnahmeausfall im Personenverkehr vom 1. Mai 1907 bis Ende Dezember 1907 3 578 872 Mark gegenüber den Einnahmen im gleichen Zeitraum des Jahres 1906. Zieht man in Betracht, daß im Monat April 1907 rund 1 900 000 Mark mehr für den Verkauf von Kilometerheften eingenommen wurden, als im April 1906, bleibt immerhin noch ein Einnahmeausfall infolge der Personentarifreform von rund 1 600 000 Mark für 8 Monate. Auch die Einnahmen aus dem Gepäckverkehr haben Windernehmungen gebracht. Die Fahrkartensteuer hat finanziell völlig fehlgeschlagen und einen äußerst ungünstigen Einfluß auf die Einnahmen sämtlicher deutscher Bahnen ausgeübt. Wenn man alle Umstände, die durch das Kilometerheft bedingt sind, in Betracht zieht, so er

Zwischen den Zelten.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

60) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Präf.: Wendete sich das Verhältnis zu Ihrem Onkel, als derselbe von seiner Reise nach den Vereinigten Staaten eine junge Frau mitbrachte?

Angell.: Durchaus nicht.

Präf.: Sie stoßen sich gut mit ihr?

Angell.: Ich schätzte und liebte sie wie eine Schwester.

Präf.: Und als das Kind geboren wurde?

Angell.: Wieb alles wie zuvor.

Präf.: Sie wußten aber doch, daß damit jeder Erbanspruch Ihrerseits verloren ging?

Angell.: Daran dachte ich gar nicht.

Präf.: Eine Freundin, Fräulein Spengler, äußerte einmal zu Ihnen: Es war eine rechte Dummheit von deinem Onkel, wieder zu heiraten, Tilly. Du hast für ihn gearbeitet und nun bringst du dich um den wohlverdienten Lohn? Demals sollen Sie erwidert haben: Wer kann wissen, wie alles noch kommt?

Angell. (entrüstet): Das ist nicht wahr. Auf diese Bemerkung meiner Freundin habe ich überhaupt keine Antwort gegeben, weil sie mir zu abgeschmackt und tattlos erschien. Erst als sie hinzufügte: Er wird hoffentlich so einfichtsvoll sein, die trotzdem etwas auszusuchen, wenigstens muß er für eine anständige Ausstattung für dich sorgen, entgegnete ich in ähnlicher Weise, weil ich an eine Verheiratung gar nicht dachte.

Präf.: Wie käme aber Fräulein Spengler dazu, den Vorfall anders darzustellen?

Angell.: Ich weiß es nicht. Vielleicht erinnert sie sich seiner nur zum Teil.

Präf.: Als das Kind erkrankte, sollen Sie sich freiwillig erboten haben, die Pflege zu übernehmen, und zwar in recht bescheidenlicher Weise?

Angell. (weinend): Ich habe mich erboten, weil ich den kleinen Eduard über alles liebte. Er war ein so lieber Knabe

und hing sehr an mir. Ich habe mich dazu gedrängt, wie man sich eben zu so etwas drängt, wenn man an nichts Böses denkt. Ich liebte ja auch meinen Onkel und meine Tante von ganzem Herzen!

Aus der weiteren Vernehmung ergibt sich, daß der kleine Eduard Ende April plötzlich bedenklich erkrankte. Es handelte sich um chronische Krämpfe, als deren Ursache der Hausarzt Dr. Senf irgend einen Fall vermutete. Der kleine Eduard war von klein auf ein schwächliches und nervöses Kind, er neigte überhaupt leicht zu Krämpfen und zeigte trotz aller Stärkungen und der ausopferndsten Pflege stets ein blaßes, leidendes Aussehen. In seine Wartung teilten sich Ottilie und die Kinderärztin, Emilie Stod, da Frau Dehnert damals selber krank darniederlag. Sie war einige Wochen vorher von einer Brustfellentzündung befallen worden, welche die Lunge in Mitleidenschaft gezogen hatte. Gerade während der Krankheit des Knaben gab auch ihr Zustand zu den höchsten Besorgnissen Anlaß, ja der Arzt und ihre Umgebung gaben sie überhaupt verloren. Auf dieser Komplikation fußte die Anklage, indem sie behauptete, Ottilie Hilpert habe, von dem bevorstehenden Ableben der Tante überzeugt, auf die Beseitigung des Kindes hingestrebt, um jedes zwischen ihr und der Erbschaft liegende Hindernis aus dem Wege zu räumen.

Im Verein mit einer barmherzigen Schwester pflegte sie die erkrankte Frau Dehnert, als jedoch der kleine Eduard ebenfalls bettlägerig wurde, blieb die Wartung Luchs der Schwester überlassen, während sich Ottilie derjenigen des Knaben widmete. Sie wechselte mit der Kinderärztin in dieser Tätigkeit ab, insofern sie der letzteren hauptsächlich die Tagespflege überließ, weil sie ja außerdem den Haushalt zu leiten hatte, während sie fast ausschließlich die Nachtwachen übernahm und nur gegen Morgen, entweder von der Kinderärztin oder ihrem Onkel selber, auf einige Stunden abgelöst wurde.

Der Knabe befand sich bereits auf dem Wege der Besserung, als er in der Nacht zum 8. Mai plötzlich heftig unter den Symptomen einer Magen- und Darmentzündung erkrankte. Er schrie kläglich, klagte über unerträgliche Schmerzen im Leibe, die Krämpfe traten wieder auf, und zwar heftiger als bisher, auch gestellte starkes Erbrechen sich zu den übrigen Erscheinungen

hingru. Ottilie, die bei ihm wachte, versuchte, wie sie behauptete, erst die üblichen Binderungsmittel, machte heiße Umschläge, ließ ihn Wasser trinken, um das Erbrechen zu stillen, als aber der Zustand sich nicht nur nicht besserte, sondern sogar noch verschlimmerte, wachte sie den Vater des Kindes und der geängstigte Mann sandte sofort ein Dienstmädchen zum Hausarzt.

Dr. Senf stellte sofort eine Vergiftung fest.

„Das Kind hat Phosphor oder Arsenik bekommen“, erklärte er. „Unmöglich“, riefen Dehnert und Ottilie zugleich, aber der Arzt nach einer noch eingehenderen Untersuchung mit Bestimmtheit die Diagnose auf Arsenik-Vergiftung stellte, bewies man sich der Wahrheit der entsetzlichen Tatsache nicht länger verschließen.

„Wer hat bei dem Kinde gewacht?“ erkundigte sich

Dr. Senf.

„Ottilie, wie stets den ersten Teil der Nacht“, lautete die

befremdende Entgegnung.

„Fräulein Hilpert“, wandte sich der Arzt an diese, „wann sind Sie heute bei dem Kinde?“

„O, seit heute Mittag schon.“

„Gaben Sie während dieser Zeit das Zimmer verlassen?“

„Nur ein paarmal auf Augenblicke.“

„War jemand anders währenddessen anwesend?“

„Nur zeitweise der Onkel — und gegen Abend Sie selbst.“

„Selbstam.“

Mit dieser Äußerung wandte sich Dr. Senf dem Krankenbette wieder zu. Alle Gegenmittel, die er anwandte, erzielten sich infolge der Schwäche des Kindes leider erfolglos. Der kleine Eduard starb noch im Laufe des Tages. Dr. Senf untersuchte alle Medizingläser, die sich im Zimmer befanden, ebenso die dem Kinde verabreichten Nahrungsmittel, es fand sich nichts vor, was auch nur die geringsten Spuren des schrecklichen Giftes enthielt. Bei der am nächsten Tage vorgenommenen Obduktion der Leiche wurde das Vorhandensein von Arsenik mit unabwiesbarer Sicherheit festgestellt.

(Fortsetzung folgt.)

und in den Mo... was. Das Ge... ausgeübte... auf zu treffen... zu beiden... fehlt natürli... von 9 Pf. an un... der geschichte... runde, im Dar... der bescheiden... s Fachausstuf... arbeit infolge... trotz der behäl... höheren Stunden... Lager- und... n Fällen hat be... blung erworben... Preise und meh... oft regelmäßige... hrem geringe...

über sich für Baden immer noch ein Einnahmeausfall von 1 Million Mark. Bezüglich der 4. Wagenklasse steht die Regierung auf dem Standpunkt, daß die Einführung derselben sehr wünschenswert wäre. Sie will aber damit zuwarten, bis das Fahrartensteuergesetz geändert ist. Auf alle Fälle wird die Regierung sich aber mit den Landständen ins Benehmen setzen. In der Budgetkommission wurde die Wiedereinführung des Kilometerbestes vorgeschlagen.

Zum Weichstuhl-Terrorismus

Was der Geistliche fordert, ist Gottes Gebot, so lehrt das fromme Zentrumorgan (der „Bad. Beobachter“) und darum muß der gläubige Katholik ihm auch gehorchen, wenn er fordert, daß eine sozialdemokratische oder liberale Zeitung abbestellt und dafür eine „Christliche“, will sagen: eine Zentrumszeitung angeschafft werde. Bei tabellosem Funktionieren der Unterwürfigkeit unter den „göttlichen Willen“ muß der Abonnentenstand und die Inseratenkraft der empfindlichen Presse ins Ungemessene wachsen, und man befreit sich von diesem Gesichtspunkt aus, wie angenehm diese Weichstuhlpapaganda dieser Art von Zentrumspresse ist. Der „Beobachter“ hütet sich, die Konfession seiner Lehre bis zum letzten zu ziehen, sie drängen jedoch den denkenden Leser ganz von selbst auf. Wenn der Geistliche kraft seines Amtes und unter Anwendung der ihm zu Gebote stehenden kirchlichen Buchmittel das Lesen bestimmter politischer Zeitungen verbietet, so kann er ganz folgerichtig auch das Abgeben bestimmter Weichstuhlpapaganda verlangen, kurzum: jede Lebensversicherung so eingerichtet sehen wollen, wie er es für gut hält. Das bedeutet die Vernichtung der Persönlichkeit und ihre Unterordnung unter den Absolutismus starren und erstarrten Kirchentums, Unrechtfertigkeit statt Freiheit, absolutes Gehorchen statt Geltendmachung der Persönlichkeit, kurzum: das Gegenteil von dem, was das Wesen des modernen Menschen ausmacht. Es ist gut, daß der Materialismus von Zeit zu Zeit gezwungen steht, Farbe zu bekennen, und so vor aller Welt zeigt, wie es mit seiner Freiheitsliebe in Wahrheit aussieht.

Wir haben bereits gestern festgestellt, daß es absolut nicht Gewissenssache eines katholischen Geistlichen ist, im Weichstuhl nach der politischen Stimmung und nach der politischen Lektüre der Weichstuhler zu schnüffeln. Solches geschieht nur von den politischen Spießhörnern im Priesterstand, denen es dabei gar nicht um das Seelenheil der Weichstuhler, als vielmehr nur um die Propaganda für die Zentrumspresse und die Zentrumsparlei zu tun ist. Das geht deutlich aus den Worten des Untergrombacher Geistlichen hervor:

„Dann nehmen Sie wenigstens noch eine christliche Zeitung ins Haus.“

Unter der „Christlichen“ Zeitung ist natürlich nur ein Zentrumsb Blatt zu verstehen. Gätte der betreffende Weichstuhler dem politisierenden „Seelforger“ das Versprechen gegeben, neben dem „Volkstreuend“ auch noch den „Brüderbote“ oder den „Bad. Beobachter“ zu abonnieren, dann hätte er ihm auch die Absolution erteilt. Aber da der Arbeiter sich weigerte, ein Zentrumsb Blatt zu abonnieren, wurde ihm die Absolution verweigert, denn — so behauptete uns ja der „Bad. Beobachter“, — der Geistliche weiß im Weichstuhl, daß er unserm Herrgott Mechenhaft, abzulegen hat und nichts tun und reden darf, was Gottes Gesetz widerstreitet.

Es ist also Gottes Gesetz, keine sozialdemokratische oder liberale Zeitung zu abonnieren, zum mindesten wenn das schon geschieht, daneben noch ein Zentrumsb Blatt. Wenn das keine Gotteslästerung gibt, es ist so etwas überhaupt nicht.

Man sieht daraus, was hinter der großen moralischen Warnung des Beobachterartiklers steckt; nichts als Zentrumsmaschelei. Wenn auf das Zentrum ankäme, dann wir bald nur noch blöde Trottel anstatt Weichstuhlbürger, die selbständig darüber urteilen, wie ihre politischen Rechte auszuüben haben.

Material für den Abg. Belzer

Als ihn die Lust anfallt, nochmals eine Rede gegen den sozialdemokratischen Terrorismus zu halten, liefert in seiner Nummer das Organ des Buchdruckerverbandes, „Korrespondent“. Er schreibt:

Ein eklatanter Fall von Terrorismus seitens sozialdemokratischer Gewerkschaftler kam vor einigen Wochen in einer Königsberger Landgerichtsverhandlung zur Sprache. Ein Zeuge, Angehöriger des christlichen Bauarbeiterverbandes, mußte zugeben, daß entgegen der Bestimmung des mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossenen Tarifs, das Zusammenarbeiten mit andersorganisierten nicht zu verweigern, auf sein Verlangen eine besondere Vereinbarung nur christliche Arbeiter eingestellt wurden. Er habe den Abschluß des Tarifs mit dem Zentralverband hintertrieben, auf sein Verlangen seien viele arbeitende Zentralverbändler entlassen worden. Dasselbe bestätigte ein als Zeuge vernommener Bauarbeitermeister, der Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe ist. Durch eine Reihe von Zeugen wurde auch festgestellt, daß sie entlassen wurden oder überhaupt keine Arbeit bekamen, weil sie nicht dem christlichen Verbande beitraten, trotzdem sie zum Teile während bei einem Arbeitgeber gearbeitet hatten und Familienmitglieder waren. Sie waren monatelang arbeitslos und mußten in andere Städte ziehen, trotzdem viel Arbeit da war. Bei einer Firma wurden auf Verreiben des christlichen Gewerkschaftsangehörigen die Zentralverbändler entlassen und dafür Italiener und Polen eingestellt! Das war der bewegende Punkt dieses Prozesses. Die Verhandlung selbst richtete sich gegen vier Mitglieder des Bauarbeiterverbandes der Maurer, von denen der eine in Königsberg als Lokalbeamter fungiert.

Man sieht an diesem Beispiel, wie wenig die „Christlichen“ Ursache haben, sich über den Terrorismus anderer

zu entrüsten. Der Fall ist viel schlimmer, als der in Heidelberg vorgekommene, über den Herr Belzer sich so sehr entriestete. Natürlich werden solche Vorkommnisse von den „Christlichen“ Agitatoren verschwiegen, um so lauter rasionieren sie dann über den Terrorismus der Freien.

Ueber die Kampfweise der Zentrumspresse

Schreibt man uns aus Singen a. S.: Es ist allbekannt, daß der Zentrumspresse landauf landab kein Mittel zu schlecht, wenn es gilt, den politischen Gegner herunterzusetzen. Am geschäftigsten treibt es in dieser Beziehung die dafür „rühmlichst“ bekannte „Freie Stimme“. Fast keine Nummer dieses wahrhaft christlichen Organs erscheint, in der nicht an der einen oder anderen Stelle einige Giftspieße abgeschossen werden. Natürlich ist es vornehmlich die Sozialdemokratie, die da mit besonderer Vorliebe behandelt wird. In bunter Reihenfolge wechseln Schauererzählungen über schrecklichen Terrorismus der roten Brüder mit Nachrichten über durchgebrannte Kaffieer mit einander ab. Und allmähentlich wird das Märchen von der Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie frisch aufgewärmt und mit einem neuen Mäntelchen versehen. Zur Abwechslung kommt dann hin und wieder wie in der Nr. 96 vom Sonntag, 26. April, die Nachricht vom Austritt irgend eines Genossen aus der Partei, weil er angeblich den unerhörten Druck nicht mehr aushalten konnte. Dabei tragen alle diese Schauererzählungen so sehr den Stempel des Reichslügenverbandes und der Erfindung an der Stirn, daß kein halbwegs vernünftig denkender Mensch auch nur ein Wort davon glaubt, es sei denn, er habe seine politischen Kenntnisse aus dem Monikakalender bezogen. Es ist übrigens weiter nichts als die ohnmächtige Wut über das Stichwahlabkommen, das all diese heß- und Schmäherartikel verursacht, mit denen Verfasser und Redakteur sich selbst das denkbar schlechteste Zeugnis über ihren politischen Anstand und über ihre Wahrheitsliebe ausstellen.

Das Gebundeten

wurde, wenn wir uns recht erinnern, seinerzeit auch vom „Bad. Beobachter“ als Uberglauben charakterisiert. Bekanntlich passiert diese Sitte seit einigen Jahren in den „besseren“ Kreisen der Gesellschaft, vornehmlich soweit sie der protestantischen Konfession zugehören. Daß man aber auch in katholischen Kreisen den Aberglauben durch die Gebundeterei ersehen zu können, zeigen folgende, dem katholischen „Liebfrauenboten“ entnommene, vom 28. März 1908 datierten Zeilen:

„dem Fürbittegebete, besonders in der hl. Kapelle, wird empfohlen: ein an Schwermut leidendes Mädchen, eine dem Erblinden nahe Mutter, ein hart heimgefügter Beamter, eine Tochter in schwerer Verurteilung, ein dem Trunke ergebener Chemann.“

Ob der dem Trunke ergebene Chemann sich seine Krankheit in dem in gleicher Nummer zum Verkauf angebotenen Wein-Restaurant geholt hat, ist nicht festzustellen, aber möglich; denn es wird in dieser Anzeige besonders hervorgehoben, daß die Kneipe in der Nähe der Stifts-pfarrkirche und der hl. Kapelle liegt!

Die Waldshuter Jungliberalen

sprachen sich wiederholt entschieden gegen den Anschluß der jungliberalen Vereine Badens an den Reichsverband aus. Die Mehrheit der badischen Jungliberalen ist aber bekanntlich für den Anschluß eingetreten.

Zum Fall Frion

über den kürzlich näheres mitgeteilt wurde, wird noch bekannt, daß Frion beim Justizministerium persönlich vorstellig geworden ist und eine weitere Unterstützung von 130 Mk., zusammen also 310 Mk., erhielt.

Ueber die neue Wlozpolitik

hielt am letzten Freitag Abend Reichstagsabgeordneter Gen. Emil Eichhorn in Durlach im „Lamm“-Saale einen bemerkenswerten Vortrag. In seinen nahezu zweistündigen Ausführungen ließ Redner zunächst das Werden der neuen Wlozpolitik Revue passieren. Während man es den Konfessionen, den Junkern, lassen müsse, daß sie in ihrer Art konsequent sind, habe das sogen. „liberale“ Bürgertum, seitdem es begonnen habe, eine politische Rolle zu spielen, seine Hauptaufgabe nicht darin erblickt, die Reaktion zu bekämpfen, Volkswirtschaft zu ertingen und zu wahren, es habe im Gegenteil in den letzten Jahrzehnten kaum einen reaktionären Anschlag der deutschen Regierung gegeben, der nicht mehr oder minder die Unterstützung des liberalen Bürgertums gefunden. Im günstigen Falle sei eine oder die andere Gruppe kaum über eine schwächliche Opposition hinausgekommen. Seit die liberalen Parteien nun gar an der Regierungskrippe säßen, hätten sie nur noch das eine Bestreben, sich diesen Platz zu erhalten, und sollte auch der letzte Rest von „Liberalismus“, der da und dort noch bestanden, flühen gehen. Wessen man sich von ihnen zu versehen habe, das hätten sie am besten bei den Debatten über das Reichsvereinsgesetz erwiesen. Eine groteskere Situation könne es wohl kaum geben, als die, die als reaktionär bekannte Zentrumsvorteiler, wie Spahn, Gröber, Zehnter, die Vereins- und Versammlungsfreiheit gegen die „liberalen“ Abgeordneten verteidigen zu sehen. An Hand des Wortlauts, den das Gesetz in dritter Lesung erhalten, schilderte dann der Redner eingehend die Verschlechterungen und das besonders uns Süddeutschen völlig neue polizeiliche Bevormundungssystem, den Sprachenparagrafen, den Ausschluß junger Leute aus politischen Vereinen und Versammlungen, kurz die ganzen „fortschrittlichen“ (Ausdruck des Herrn Dr. Weill! D. Red.), die das neue Gesetz namentlich für die Arbeiter bringe. Das Verhalten des Liberalismus habe wohl auch vielen unter uns, die an sein Erstarken, an den „Zug nach links“ glaubten, Enttäuschungen gebracht. Dadurch sei aber auch unsere Stellung nach dieser Seite hin wesentlich geklärt. Wenn künftighin sich da und dort ein gemeinsames Vorgehen, bei Wahlen namentlich, mit den Liberalen notwendig mache, könne dies eben nur in der Form eines nackten Handlungsgeschäftes geschehen, jedenfalls kaum mehr unter dem Gesichtspunkte, diesen Liberalismus zu stärken. — Redner weisfall lohnte den Redner.

Die Regelung des Lehrlingswesens

Nach den von den badischen Handwerkskammern Konstanz, Freiburg, Karlsruhe und Mannheim erlassenen und vom großh. Ministerium des Innern genehmigten „Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens“ darf die Annahme eines Lehrlings nur durch Abschluß eines schriftlichen Lehrvertrages erfolgen, wobei die von den Handwerkskammern eingeführten Formulare — soweit nicht andere Formulare ausdrücklich zugelassen sind — verwendet werden müssen.

Der Lehrvertrag ist binnen vier Wochen nach Beginn der Lehre abzuschließen und in drei Exemplaren auszufertigen, von denen je eines die vertragschließenden Teile erhalten, das dritte aber der Handwerkskammer zum Zwecke der Eintragung in die Lehrlingsrolle zu übermitteln ist. Gehört der Lehrling einer Zunft an, so erhält diese das dritte Exemplar des Lehrvertrages. Außerdem sind die Lehrlinge mittelst des vorgeschriebenen Anmeldeformulars bei der Handwerkskammer bezw. Zunft anzumelden. Sofern der Sohn bei seinem Vater in die Lehre geht, ist ein Lehrvertrag nicht notwendig, dagegen ist auch in diesem Falle der Sohn als Lehrling bei der Handwerkskammer bezw. der Zunft anzumelden.

Die Dauer der Lehrzeit beträgt für sämtliche Berufe drei Jahre und darf den Zeitraum von vier Jahren nicht überschreiten. Handwerksmeister, die mehr als drei Lehrlinge zu halten beabsichtigen, haben unter gleichzeitiger Angabe der bei ihnen beschäftigten Gesellen ein Gesuch bei der zuständigen Handwerkskammer einzureichen. Jeder Handwerksmeister ist verpflichtet, die bei ihm austretenden Lehrlinge innerhalb 14 Tagen nach erfolgtem Austritt aus der Lehre mittelst des vorgeschriebenen Anmeldeformulars bei der Handwerkskammer bezw. Zunft anzumelden. Bei vorzeitiger Lösung des Lehrverhältnisses sind bei der Abmeldung die Gründe hierfür an der entsprechenden Stelle des Anmeldeformulars anzugeben.

Das Außerachtlassen dieser Bestimmungen wird mit Geldstrafe geahndet. Allen Beteiligten wird empfohlen, in Zweifelsfällen bei den Vorständen der örtlichen Organisationen (Zünften, Meisterfachvereinen, Handwerker- und Gewerbevereinen), oder der zuständigen Handwerkskammer Auskunft zu holen, um sich vor Schäden zu bewahren.

9. Verbandstag der Dachdecker.

III.

Am letzten Tage der Verhandlungen wird die Debatte über Ausbesserung der Unterstufungseinrichtungen fortgesetzt und bewegt sich im Rahmen der Vorstandsvorschläge. Allerdings scheint man der Arbeitslosenunterstützung sympatischer gegenüberzustehen als wie der Krankenunterstützung. In den Ausführungen wird betont, daß durch Schaffung solcher Unterstufungen auch die Frauen der Mitglieder dem Verbandsweit mehr gewogen seien, als wie bisher. Durch namentliche Abstimmung wird der bereits bekanntgegebene Antrag des Vorstandes mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen.

Zur Streikunterstützung erhält folgender Antrag die Zustimmung des Verbandes: Die Streikunterstützung ist unter Zugrundelegung der bestehenden Sätze nur für Mitglieder, die über ein halbes Jahr dem Verbandsangehörigen, in der 5., 6., 7. und 8. Klasse um je 10 Pf. pro Tag zu erhöhen, bis zum Höchstbetrage von 3,10 Mk. Mitglieder, die dem Verband noch kein halbes Jahr angehören, sollen in jeder Klasse 50 Pf. pro Tag weniger erhalten. Ferner soll für jedes Kind unter 14 Jahren pro Woche 1 Mk. gezahlt werden. Eine Erhöhung der Streikunterstützung über die vom Verbandsvorstand festgesetzten Sätze hinaus, ist nur mit Genehmigung des Zentralvorstandes zulässig.

Die Reiseunterstützung soll künftig nicht nach Kilometern, sondern durch Zahlung von Tagegeldern geregelt werden. Die Karenzzeit ist von 42 auf 52 Wochen erhöht.

Für den Bezug der Sterbeunterstützung ist ebenfalls die Karenzzeit auf zwei Jahre verlängert worden.

Zum Punkt Presse wird nach heftigem Für und Wider mit 18 gegen 10 Stimmen beschlossen, das Organ „Der Dachdecker“ vom 1. Januar 1909 ab alle acht Tage im alten Format herauszugeben.

Die Kommission wird nicht wiedergewählt, sondern die Kontrolle dem Vorstande und dem Ausschusse übertragen.

Die Berichterstattung über den Internationalen Kongreß erledigt der Vorsitzende Diehl. Redner erwähnt speziell die Beratungspunkte: Maifeier, Partei und Gewerkschaft und Einwanderungsfrage. Der Generalkommission und dem Parteivorstand wurde die Regelung der Maifeierfrage überwiesen, speziell die Lösung der Unterstufungsfrage. Sitzungen und Verhandlungen beider Körperschaften haben eine langatmige Resolution gezeitigt, die aber nicht die Zustimmung der Arbeiterchaft finden wird, wie dies bereits schon heute festzustellen ist. Der Pariser Kongreß im Jahre 1889 hat von ganz anderen Voraussetzungen den Weltfeiertag beschlossen als wie heute maßgebend ist. Aus reinem Idealismus sollten die Arbeiter aller Länder sich einen Weltfeiertag wählen, um ihre Menschenrechte zu propagieren. Mittlerweile hat sich derselbe aber zu einer Geldfrage entwickelt, und selbst Arbeiter, die feiern könnten, haben es vorgezogen, ihren eigenen Weg zu gehen, trotz aller Beschlüsse.

Redner empfiehlt allenthalben die Maifeier, wo es ohne wirtschaftliche Schädigung geht, durch Arbeitsruhe zu begeben, und speziell dort durch Arbeitsruhe, wo der 1. Mai tariflich festgelegt ist.

In der Debatte wird die Resolution fast einstimmig verurteilt und beiden Körperschaften schwere Vorwürfe gemacht. Drunzel gibt ein kurzes Resümee über die Verhandlungen, die die Maireolution zeitigten, und glaubt, daß durch dieselbe wohl nicht alle Wünsche erfüllt werden, aber immerhin der Weg zur einseitigen Regelung betreten ist. Beschlossen wird, daß die Form der Maifeier den einzelnen Filialen überlassen bleibt. Wenn sie ohne größere wirtschaftliche Schädigung möglich ist, soll sie durch allgemeine Arbeitsruhe gefeiert werden. Ferner sollen alle Filialen bei Einreichung von Forderungen oder bei Abschluß eines Vertrages möglichst die Freigabe des 1. Mai als Hauptforderung betrachten.

Der nächste Gewerkschaftskongreß soll durch zwei Delegierte besetzt werden. Ferner wird der Vorstand beauftragt, eine Verständigung mit dem Vorstand der Steinseker-Organisation anzubahnen zwecks Auflösung des Asphalturverbandes, um einen diesbezüglichen Antrag an den Gewerkschaftskongreß zu stellen.

Der Sitz des Vorstandes bleibt in Frankfurt und werden die bisherigen Beamten wiedergewählt. — Der nächste Verbandstag findet in Dresden statt.

Aus der Partei.

Bretten, 27. April. Die Maifeier der hiesigen Parteigenossen findet am 1. Mai, abends 8 Uhr im „Engel“ statt. Ferner veranstalten die hiesigen Genossen am Sonntag, 3. Mai, einen Familienausflug nach Stein, wozu auch die Genossen von Wöfingen eingeladen sind. In Stein findet eine Versammlung statt. Hierauf wird gemeinschaftlich nach Wöfingen marschiert,

um dann per Bahn von da nach Bretten zurückzufahren. Zu dieser Veranstaltung sind die Genossen eingeladen. Abmarsch nach Stein mittags halb 12 Uhr von der „Wacht am Rhein“.

Grödingen, 28. April. Unter Mitwirkung der hiesigen Gesangsvereine findet die Maifeier am Freitag, 1. Mai, abends 8 Uhr in der „Warenhalle“ statt. Redner ist Genosse Trabinger aus Karlsruhe. Der Eintritt ist diesmal für jedermann frei und wird die Teilnahme aller Parteigenossen und Genossinnen erwartet. Die diesjährige Maifeier muß eine Demonstrationseier werden.

Soziale Rundschau.

Das System trägt die Schuld.

Unter dieser Epithete brachte der „Vollsfreund“ in seiner Nr. 300 vom 24. Dezember 1906 eine Notiz, die wir heute unsern Lesern nochmals ins Gedächtnis zurückrufen wollen. In der Chemischen Fabrik Mannheim-Lindenhof wurde der Chemiker Dr. Rör durch Zerplatzen des Schwungrads von einem Gußstück getroffen und getötet. Herr Bauinspektor Riehsch, Vorsitzender der Dampfselektion, stellte damals fest, daß das Unglück nur durch das Zerreißen des Regulatorriemens entstanden sei, wobei nur so nebenbei bemerkt wurde, daß der Wächter „gerade abwesend“ war. Herr Riehsch glaubte niemand dafür verantwortlich machen zu können und bezeichnete es nur als einen „unglücklichen Zufall“, da die Beschaffenheit des Schwungrads, Material und Arbeit, gut und an keiner Stelle ein alter Bruch zu erkennen war.

Wir waren damals anderer Ansicht und sind es heute noch. Der Maschinist gehört an die Maschine, wäre er an seinem Platz gewesen, hätte der Unglücksfall niemals passieren können, denn es sind schon viele Regulatorriemen gerissen und ist nichts passiert; aber es scheint, dem von gewinnjüchtigen Fabrikanten oft forcierten Unlug, dem Maschinisten außer der Bedienung der Maschine noch Nebenarbeiten aufzuhalsen, müssen noch mehr Menschenleben geopfert werden, bis die Behörde ihn befristet. Ueber eine halbe Stunde war der Maschinist nicht an der Maschine, und das war die Schuld. Wo war denn der Maschinist in dieser halben Stunde und was hat er gearbeitet? Darüber verlangten wir damals Aufklärung, ohne bis heute von der zuständigen Stelle auch nur ein Wort gehört zu haben. Ist denn ein Menschenleben eine Bagatelle, daß das Mannheimer Bezirksamt es nicht der Mühe wert hält, eine Untersuchung gerade über diesen Punkt anzustellen? Das Bezirksamt Karlsruhe hat seinerzeit bezüglich der Rauchgasexplosion, wenn auch eine kurze, so doch wenigstens eine Mitteilung uns zukommen lassen. Da der Fall in Lindenhof noch die Öffentlichkeit beschäftigt, glauben wir, daß die Öffentlichkeit eine amtliche Aufklärung verlangen kann.

Sollte aber wider Erwarten die Behörde über einen solchen schmerzlichen Fall hinweggehen zu können glauben, so würden wir in unserer Ansicht bestärkt werden, daß die Meinung des Herrn Riehsch nicht ganz einwandfrei ist und er als Vorsitzender der Dampfselektion auf die Interessen der Dampfselektionsmitglieder zu achten sich verhalten sollte. Damit wäre auch der Beweis erbracht, daß die Verstaatlichung der Dampfselektion sowohl im Interesse der Maschinisten und Geiger, als auch mit Rücksicht auf Leben und Gesundheit dritter, die in der Nähe von Dampfselektion und Maschinenanlagen zu tun haben, unausschießbar ist. Discite moniti!

Badische Chronik.

Durlach.

27. April.

Ueber die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse im 1. Quartal 1908 des Amtsbezirks Durlach berichtete der Groh. Bezirksarzt: Nicht weniger wie 56 Scharlachfälle wurden gemeldet; vielfach herrschte auch die Influenza. Gestorben sind 206 Personen, was einem Sterblichkeitsverhältnis von 19,04 auf 1000 Personen entspricht. Im 1. Lebensjahr starben 84 Kinder = 40,77 Proz., vom 1.-15. Lebensjahr 29 Kinder = 14,07 Proz., es beträgt also das Sterblichkeitsverhältnis der Kinder unter 15 Jahren rund 55 Proz. aller Gestorbenen. In der Stadt Durlach starben, ohne 8 Totgeborenen, 52 Personen, darunter 28 Kinder unter 15 Jahren = rund 54 Proz. der Gestorbenen. Ähnlich ist das Verhältnis in Weingarten, wo sich unter 24 Gestorbenen 13 Kinder unter 15 Jahren befinden.

„Junge Garde“. Da die auf Freitag angedachte Versammlung wegen der Maifeier ausfällt, so machen wir unsere Mitglieder auf die Mittwoch Abend stattfindende Versammlung aufmerksam und bitten dringend, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Auf der Tagesordnung steht die Wahl der Delegierten zur außerordentlichen Generalversammlung nach Darmstadt und da sonst noch wichtige Punkte zu erledigen sind, so darf kein Genosse und keine Genossin ohne zwingende Gründe der Versammlung fernbleiben. Da in letzter Zeit über schlechten Versammlungsbesuch zu klagen war, so werden besonders die Säumigen an ihre Pflicht erinnert, im Interesse unserer Sache jede Versammlung zu besuchen.

Bruchsal.

27. April.

Maifeier. Partei und Gewerkschaften veranstalten auch in diesem Jahre gemeinschaftlich eine Maifeier. Die Feiern treffen sich am 1. Mai vormittags halb 10 Uhr im „Einhorn“. Am Abend findet daselbst eine öffentliche Versammlung statt und am Sonntag, 3. Mai, ein gemeinsamer Ausflug nach Forst. Zu diesen Veranstaltungen wird die gesamte Arbeiterschaft eingeladen.

Macht den Beutel auf! Zurzeit werden die hiesigen Einwohner mit Meinen Zeitungen bedacht, die sehr lange Gesichter hervorgerufen, es ist der Umlagezettel, der in „verbesselter Auflage“ erschienen ist.

Freiburg.

27. April.

Geisler. Bei der Staatsanwaltschaft in Freiburg hat sich der Landwirt Hermann Zippel und legte das Geständnis ab, daß er am 11. August 1904 das Anwesen Gutleutstraße 52 in dem Freiburger Vorort Haslach in Brand gesteckt habe. Bei jenem Brand hat ein Mann namens Max Dold in den Flammen den Tod gefunden. Zippel wollte sich durch die Brandlegung an dem Hausbesitzer rächen.

Zu den schon gemeldeten Unterschlagungen des städtischen Kassierers Löffel ist nach-

zutragen, daß bis Samstag 82 000 Mark unterschlagene Gelder festgestellt wurden. Löffel hat auf hohem Fuß gelebt. Als ehemaliger Offizier hatte er sich ansehnlich an „noble Passionen“ gewöhnt. Eine scharfe Kontrolle scheinen seine Vorgesetzten auch nicht ausgeübt zu haben, sonst hätte es nicht vorkommen können, daß Löffel des öfteren während den Dienststunden auf die Jagd ging. Es hat schon bei seiner Anstellung Befremden hervorgerufen, daß Löffel, der keine eigentliche Beamtenlaufbahn hinter sich hatte, auf diesen Posten berufen wurde.

Schwindel. Eine Berliner „Firma“ bot durch Inserate in einer Reihe von Zeitungen Freiburger Münsterlose gegen Voreinsendung von 3,50 Mk. an und versprach den Bestellern ein Ostergeschenk von 25 Zigarren. Wie jetzt festgestellt ist, haben die Besteller von der betreffenden, möglicherweise fingierten, Firma weder Lose noch Zigarren bekommen. Reklamationen kamen mit dem Vermerk zurück, daß der Inhaber der Firma unbekannt wohin verreist sei. Gerichtliche Verfolgung soll eingeleitet sein und der Schwindler bereits hinter Schloß und Riegel sitzen. Der Fall mahnt zur Vorsicht beim Ankauf von Lose, die man nur bei bekannten Firmen bestellen soll.

Mannheim, 27. April. In der Straßentravall-affäre wurden heute noch zwei weitere Verhaftungen vorgenommen. Eine große Anzahl der Verhafteten sind an dem Streik gar nicht beteiligt. Viele der Leute hat die unselbige Neugierde auf den Schauplatz der Unruhen gelockt. Durch das Zurückdrängen der Schutzleute gereizt, leisteten sie den Schutzleuten Widerstand. Ein Wirt, dessen Kind gestern zur Kommunikation ging, war z. B. auf dem Nachhausewege, geriet ebenfalls in den Standa, wurde ebenfalls verhaftet und das Familienfest mußte ohne ihn stattfinden. Unter den Verhafteten befinden sich 17jährige Burschen, aber auch alte erfahrene Leute, von denen man mehr vernünftige Ueberlegung und Besonnenheit erwarten sollte. Die Vernehmung der Verhafteten nahm den ganzen Sonntag in Anspruch. Gegen die Angeklagten ist das Verfahren wegen Landfriedensbruch eingeleitet worden. Machen die Schutzleute auch während des Tumultes von der Waffe Gebrauch, so sind doch glücklicherweise nur wenige unbedeutende Verletzungen vorgekommen. Zwei Erzedenten suchten das Krankenhaus auf, konnten aber bald wieder entlassen werden. Bei dem Streik kommen nur circa 40 Leute in Betracht, das unbesonnene Vorgehen der Streikenden, das so schwere Folgen für die dem Streik fernstehenden Arbeiter haben wird, ist deshalb um so mehr zu verurteilen. Wöllig zu verurteilen ist aber das Verhalten der Syndikatsfreien Kohlenvereinigung, weil sie sich überhaupt auf keine Verhandlung mit ihren Arbeitern einließ und dadurch in erster Linie mit zu dem bedauerlichen Vorfall beigetragen hat.

Ferner wird noch berichtet: Der betr. Aufseher der Syndikatsfreien Kohlenvereinigung hatte sich begreiflicherweise den Kopf der Streikenden besonders dadurch zugezogen, daß er dieser Tage Arbeitswille aus dem Rheinland hierher brachte. Im Zweifelsfall V hatte er eine Geldeinzahlung zu machen. Beim Verlassen des Gebäudes wurde der Aufseher von Streikenden erkannt und verfolgt. Er begab sich auf einen Straßenbahnwagen, aber auch dahin folgte ihm ein Arbeiter, worauf er den Revolver zog. Der Schaffner ließ halten und wies den Aufseher, sowie den Streikenden aus dem Wagen. Jener flüchtete in das Haus Mittelstraße 112, welches regelrecht belagert und bombardiert wurde. Hierbei gingen zahlreiche Fensterheben in Trümmer. Die inzwischen auf 8000 Köpfe angewachsene Menschenmenge, bestehend aus Männern, Frauen, halbwüchsigen Burschen und Kindern, forderte unter Johlen, Schreien und Schimpfen die Herausgabe des Aufsehers. Derselbe brachte sich durch eine Hintertüre des Hauses in Sicherheit. Die Schutzmannschaft, deren besonnene Haltung allgemein anerkannt wird, mußte zweimal blank ziehen.

Dem Polizeibericht ist zu entnehmen: Die Aufforderung eines Polizeikommissärs, sowie zweier Chargierten, auseinanderzugehen, wurde nicht nur nicht befolgt, sondern die anwesende Polizeimannschaft verhöhnt und mit Steinen beworfen, von welchen einige trafen, ohne jedoch ernste Verletzungen herbeizurufen. Nachdem aus anderen Polizei-Revieren Verstärkung und außerdem 2 berittene Gendarmen eingetroffen waren, konnten 28 der Haupttäter verhaftet werden, womit der mehrere Stunden dauernde Aufruhr allmählich wieder abflaute. Beim Transport einiger Verhafteten erhielt ein Schutzmann zwei Messerstiche in die Hand; von den Verhafteten trugen — soweit bis jetzt bekannt — zwei Personen Verletzungen davon, die jedoch nicht erheblich sein sollen.

Vor dem Schöffengericht gelangte vorgestern eine Beleidigungssache des Redakteurs des städtischen „Theater- und Konzertanzeigers“, Kurt Sonnemann, gegen den früheren Redakteur Emil Maier von der „Volksstimme“ zur Verhandlung. Der „Theater- und Konzertanzeiger“ brachte vor einiger Zeit über die Premiere des Hauptmannschen Stückes „Kaiser Karls Geißel“ eine Rezension seines Berliner Mitarbeiters, in der mit Bezug auf die Heldin des Stückes gesagt wurde, diese betätige die freie Liebe in einer Weise, daß selbst dem eingeheiligsten Sozialdemokraten davor grauen dürste. Die „Volksstimme“ protestierte heftig gegen diese Stelle. Die größte Partei der Stadt verwahrte sich gegen die Beleidigung durch „freie Lügen“ in einem Platte, das in städtischem Auftrag erschein. Der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Dr. Stern, hob zunächst hervor, daß der städtische „Theater- und Konzertanzeiger“ von der Stadt nicht subventioniert werde, sondern im Gegenteil erhebliche Beträge dafür zahle, daß er diesen Titel führen dürfe. Die Bemerkung, welche der „Volksstimme“ nicht gefiel, finde auch er nicht sehr geschmackvoll. Aber man wisse ja, wie Theater-Rezensionen entstehen, spät abends nach der Vorstellung. Daß der Regensent mit der Bemerkung über die freie Liebe die sozialdemokratische Partei beleidigen wollte, das könne man nicht annehmen. Daß im sozialdemokratischen Zukunftsstaat die freie Liebe anerkannt sein soll, beweise ein Artikel der Sozialdemokraten Hope Wridges, Adam Lehmann, in den „Sozialistischen Monatsheften“. Der Vertreter des Beklagten, Rechtsanwalt Dr. Franz, sagte, er hätte von seinem Gegner als Politiker erwartet, daß er die Stellung der Sozialdemokratie zur freien Liebe nicht durch Verlesen eines beliebigen Artikels, sondern an der Hand des Parteiprogramms präzisieren hätte. Daß die Sozialdemokratie die freie Liebe predigt, ist eine Verleumdung, eine Unwahrheit. Mit demselben Rechte, mit dem man hier die private Meinung einer sozialdemokratischen Schriftstellerin ins Feld führt, könnte man sich auf ähnliche Artikel aus dem Lager des Bundes für Mutterschutz berufen. In dem Stück handelt es sich um eine Dirne, die in einer Schenke sich mit Landtsnechten öffentlich abgibt und von dieser freien Liebe wird

gesagt, daß sie sogar dem eingefleischten Sozialdemokraten benehmen könne. Das ist eine schwere, bewußte Kränkung der Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, und der Redakteur der „Volksstimme“ hatte das Recht und die Pflicht, diesen Angriff zurückzuweisen. Das Gericht beurteilte Maier zu einer Geldstrafe von 25 Mk., indem es ihm zugute hielt, daß die Bemerkung über die freie Liebe einfältig und abgeschmackt zu nennen sei.

Der 28 Jahre alte Ledige Hilfsarbeiter Josef Höger fiel in einem Fabrikarwesen auf dem Lindenhof von einem Krankeg, welcher in einer Höhe von 8 Meter über einer Ueberdachung angebracht ist, herunter und erlitt hierbei einen Schädelbruch. Er starb im Krankenhaus.

Das 1 1/2 Jahre alte Söhnchen eines in der Pfälzergrundstraße wohnenden Zementers wurde am 21. ds. Mt. in der elterlichen Küche beim Begnehen eines Topfes vom Herd mit kochendem Wasser überschüttet und so erheblich verletzt, daß es am getrigen Tage gestorben ist.

Pforzheim, 27. April. Gestern Nachmittag nach 4 Uhr wurde die 44jährige Frau des Feinmechanikers Hermann S. bei auf dem hiesigen Friedhof auf der Schanze aufgefunden. Sie hatte ihrem Leben durch Gift ein Ende gemacht. Die Frau, welche schon früher dahingeliebte Äußerungen getan hat, scheint den Selbstmord in einem Zustand seelischer Störung verübt zu haben. In den Familienverhältnissen liegt, soweit bekannt, kein Anlaß zu dieser Tat vor.

Dinglingen, 27. April. Bei Kanalisationsarbeiten fiel man auf menschliche Geleite. Vermutlich handelt es sich um ein Soldatenmassengrab.

Wolfsach, 27. April. Bei 2 Grad Celsius über Null herrscht heute morgen starker Schneefall.

Dom Schwarzwald, 27. April. Seit gestern herrscht auf dem ganzen Schwarzwald starkes Sturmwetter mit Schneefall. Die Temperatur sinkt rasch.

St. Georgen i. Schw., 27. April. Von hier wird der „Badischen Landeszeitung“ mitgeteilt, daß die Notiz in bezug auf den Schwärzwald durchaus unzutreffend ist. Im badischen Schwarzwald herrscht vielmehr in der Uhrenindustrie ein so anhaltend flatter Geschäftsgang, wie es seit Jahren nicht der Fall war, so daß seit geraumer Zeit in einer Anzahl Fabriken immer mehr Arbeitskräfte eingestellt werden. Auch in Schweningen (Württemberg. Schwarzwald) besteht es sich, wenn vom lauen Geschäftsgang gesprochen wird im allgemeinen nicht um die Uhrenindustrie, sondern um die Wautäglerei.

Oberrotweil, 24. April. Der harte Frost am Ostermontag hat unseren Obstbäumen empfindlich geschadet. Das meiste Frühl Obst, das teilweise schon in Blüten stand, dürfte wohl erfroren sein. Auch die Neben sollen durch den Frost teilweise gelitten haben.

Geiselsberg, 27. April. Eine Versammlung von Vertretern betraute die leitenden Redakteure der Karlsruher Wälder mit den einleitenden Schritten zur Bildung eines Landesverbandes badischer Redakteure.

Aus der Saar, 27. April. Die Obstausfichten gestalten sich in diesem Jahre bis jetzt recht günstig. Durch die anhaltend nassalte Bitterung zog sich die Entwicklung der Obstbäume ziemlich weit hinaus, sobald die Wälder vor Mai sich nicht öffnen werden. Wenn bis dahin warme Bitterung eintritt und diese nicht durch kalte Fröste unterbrochen wird, so eröffnen sich sehr gute Aussichten.

Mosbach, 27. April. Bei den hier vorgenommenen Bohrungen nach Salz ist man jetzt in einer Tiefe von etwa 80 m auf stark eisenerzhaltige Erde gestoßen.

Neues vom Tage.

Regelsb., 27. April. Der Stiefsohn des Landwirts Hirth, ein Wegebursche, wollte seiner Mutter mit einem Messergeräten den Hals abschneiden und mißhandelte den Stiefvater. Er wurde an Händen und Füßen gefesselt ins Gefängnis verwahrt. Gernersheim, 27. April. An der Rheinfähre schlug der Kahn des Fährmannes Mellein um. Der 13jährige Sohn Melleins fiel in den Rhein und ertrank, während der Vater sich retten konnte.

München, 27. April. Der 14jährige Volkshülfer Reber hat wegen eines Spielverlustes einen gleichaltrigen Kameraden durch einen Messerstich ins Herz lebensgefährlich verletzt.

St. Ingbert, 27. April. Im nahen Niederwürzbach erschlug der 18jährige Arbeiter Wischmann in der Trunkenheit seinen Vater mit der Axt.

Kassel, 27. April. In Bad Wildungen explodierte gestern Abend im Hause des Arztes Dr. Friß Köhler der Dampfessel der im Keller befindlichen Zentralheizungs-Anlage. Ein dabei stehendes Dienstmädchen wurde auf der Stelle getötet, ein zweites schwer verletzt. Im Hause wurden durch die Explosion arge Verwüstungen angerichtet. Der Materialschaden ist bedeutend.

Liegnitz, 27. April. Im Hause Neue Goldbergerstraße 10 schloß heute Vormittag der stellunglose Schweizer Walter wegen verführerischer Liebe auf das Dienstmädchen Anders und trat sie in den Ockerlocher. Darauf richtete der Täter die Waffe gegen sich selbst und schoß sich in die rechte Schläfe. Er wurde noch lebend ins Krankenhaus gebracht, dürfte aber kaum noch dem Leben davon kommen. Das Mädchen ist nur leicht verletzt.

Rom, 27. April. Mehrere bosnische Priester, die zu einem Besuch in Italien weilen, unternahmen einen Ausflug nach Albano. Hier wurden sie von 5 Männern überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt. Die Gendarmen verfolgten die fliehenden Attentäter und nahmen vier von ihnen fest. Die Gendarmen hatten große Mühe, die Verbrecher vor der Brutalität der Volksmenge zu schützen, die diese Lynchten wollten.

London, 27. April. Höchst wahrscheinlich sind bei dem Zusammenstoß des „St. Paul“ mit dem „Gladiator“ 24 Menschen bei Bemannung des Kreuzers umgekommen, über 20 weitere noch vermisst. Sie dürften ertrunken sein. Die meisten von ihnen Loren ihr Leben bei dem Versuch, aus Land zu schwimmen. Die Besatzung des Kreuzers betrug 262 Mann. Der Kommander, der im schweren Schneesturm nichts sah, konnte „Gladiator“ mittschiffs an; sein Bug drang bis zum Schinentraum.

London, 27. April. Aus Ottawa wird gemeldet: Ein Erdbeben erschütterte gestern die Orttschaft Notre-dame de la Lette, 85 Meilen von Ottawa entfernt. Die Orttschaft ist gänzlich zerstört. Bis jetzt sind 25 Tote geborgen.

Mitteilungen der sozialdemokratischen Partei...

Beim alten... ausgesetzt...

Was bei... gelagert...

Die Arbeit... in dem...

Ueber... am ber...

Die... am Mo...

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 28. April.

Auf zur Maifeier!

Überall rüstet das Volk der Arbeit zu einer würdigen Feier des 1. Mai. Das Gewerkschaftskartell und die sozialdemokratische Partei Karlsruhes haben die Arbeiterschaft zur Teilnahme an den Veranstaltungen aufgefordert. An alle diejenigen, die ohne Gefährdung ihrer Gesundheit es möglich machen können, ergeht die Aufforderung, die Arbeit ruhen zu lassen. Die letzten Jahre haben eine allmähliche Zunahme der Feiernden gezeigt. Trefft die Versammlung der Feiernden, welche am Vormittag des 1. Mai im Saale zum „Auerhahn“ stattfindet, zahlreich besucht wird. Soffentlich wird diesmal der Ausflug, der über die Schwabachquelle nach Wolfartsweier und Auerbach geplant ist, nicht verregnet. Die für den Abend vorgesehenen Veranstaltungen im „Kolossium“ und „Kühnenberg“ dürften zu stattlichen Festversammlungen sich gestalten. Gewerkschafts- und Parteigenossen! Betheilt euch massenhaft an dem Feste der Arbeit!

Es bleibt dabei —

beim alten Ortsstatut des Gewerbegerichts nämlich, vorangelegt, daß auch die Mehrheit im Karlsruher Bürgerausschuß Ja und Amen dazu sagt. Am kommenden Montag wird der Bürgerausschuß u. a. sich auch mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Der Stadtrat will, daß das unter dem 11. August 1903 auf die Dauer von 4 Jahren erlassene Ortsstatut über das Gewerbegericht unverändert in Geltung bleibe. Daß das Gewerkschaftskartell, die Zahl der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes und das gerichtliche Gewerkschaftskartell also die Vertretung von etwa 12 000 Interessenten sich für eine Aenderung des Ortsstatuts erklärt und bestimmte Vor schläge hierzu gemacht haben, sieht den Stadtrat offenbar wenig an. Man geht mit altgewohnter Ignoranz über die Wünsche und Bedürfnisse der interessierten Arbeiterschaft hinweg, als ob das Gewerbegericht nicht etwa eine Institution wäre, an der vornehmlich die Arbeiterschaft interessiert ist. Fast könnte man meinen, die Herren Stadträte seien die Hauptinteressenten. Denn sie haben durch ihre beruflichen Vertretungen erklären lassen, daß sie nicht wünschen, daß wieder alles bleibt, „wie es gewesen ist“.

Was bedeutet die Ablehnung der Aenderungsvorschläge? Sie bedeutet, daß wieder eine langweilige und unangenehme Wählerlistenauflistung stattfindet, durch die wiederum an sich Wahlberechtigte um sein Wahlrecht kommt, bedeutet, daß nach wie vor beim Gewerbegericht in der Besetzung von vier bis zu sechs Mitgliedern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer verhandelt wird und daß damit der überwiegende Einfluß des Vorsitzenden auf die Rechtsprechung beibehalten wird, sie bedeutet, daß die nun schon wiederholt als ungewöhnlich erwiesene Wahlzeit beibehalten wird und daß nach wie vor Gebühren eingetrieben werden müssen, obz Sinn und Zweck hat oder nicht.

Hätte der Stadtrat auch nur in dem einen oder anderen Punkte Entgegenkommen gezeigt gegenüber den Forderungen der interessierten Arbeiterschaft, so hätte man als Abschlagszahlung anerkennen können. So oberflächlich der Stadtrat für die Forderungen der Arbeiterschaft im summarischen Verfahren abzutun.

Die Arbeiterschaft wird sich das gut merken. Ein Teil ist ja demnächst Gelegenheit, dem Karlsruher Stadtrat die Duldung für sein sozialpolitisches Verständnis auszusprechen bei der Stadterordnetenwahl.

Ueber Gewerkschaften und Kommunalpolitik

Am vergangenen Samstag Genosse Willi in einer Versammlung des Eisenbahnerverbandes. Das gleiche Thema wird vom selben Redner am kommenden Samstag in einer Versammlung des Verbandes der Lithographen und Steindruckere behandelt werden.

Arbeiter-Diskussionsklub.

Heute Dienstag Abend halb 9 Uhr findet die wöchentliche Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stehen 1. Tätigkeitsbericht; 2. Rechenschaftsbericht; 3. Antrag des Vorstandes: Statutenänderung und 4. Vorstandswahl.

Die nächste Bürgerausschuhfzung

Am Montag, den 4. Mai, nachmittags 3 Uhr, im großen Rathhauseaal statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Nachtrag zu den Satzungen der Gewerkschule; 2. Erlassung neuer Ortsstatute über den Betrieb der Gewerkschule und der Handelsschule; 3. Herstellung der Gasleitung nach dem Stadtteil Weiertheim; 4. Aenderung der Kaiserallee und Verlegung von Straßenlaternen daselbst; 5. Erweiterung der Einrichtungen im Gasengebiet; 6. Erlassung eines Ortsstatuts über den Betrieb der Stadtgemeinde durch Herstellung der Gasleitung; 7. Verlängerung der Gültigkeit des Ortsstatuts über das Gewerbegericht; 8. Anstellung von Eisweihern auf den Bauten- und Langen-Platz südlich des Rangierbahnhofes; 9. Ankauf des Grundstücks Fichtestrasse Nr. 1; 10. Verbessehung der Wasserleitung für 1905.

Die neue Dienstwohnung für den Oberbürgermeister.

Der Stadtrat beantragt beim Bürgerausschuß die Zustimmung dazu, daß das Hausgrundstück Fichtestrasse Nr. 1 zur Beschaffung einer Dienstwohnung für den Oberbürgermeister von der Stadtgemeinde zum Preise von 100 000 Mark angekauft, daß für bauliche Instandsetzung der Betrag von 3000 Mark aufgewendet und der Gesamtaufwand von 103 000 Mark nebst den Zinsen aus Anlehensmitteln bestritten werde.

Der Bürgerverein im Stadtteil Rintheim

beantragt, daß zur Erhöhung der Verkehrssicherheit der Gewinnung eines Schweges die Vorgärten auf

der nördlichen Seite der Hauptstraße in jenem Stadtteil zwischen Haus Nr. 21 und 31, auf welcher Strecke die Straße eine starke Biegung macht, beseitigt und das dadurch freiwerdende Gelände von der Straße abgegrenzt werde. Der Stadtrat ist aber nicht in der Lage, dem Antrag zu entsprechen, weil die amtlich festgestellte Bauflucht auf jener Straßenseite hinter den bestehenden Säulern liegt, diese also bei Aufhebung der Vorgärten in die Straße herborragen würden. Die Durchführung der Straßenflucht d. h. der Abbruch fraglicher Häuser, wenn die Strecke der Hauptstraße zwischen Ernst- und Gütten-Straße für den Automobilverkehr gesperrt und dieser durch die beiden letztgenannten Straßen geleitet wird. In diesem Sinne stellt der Stadtrat beim Bezirksamt Antrag auf Erlassung einer ortspolizeilichen Vorschrift.

Ein Licht-, Luft- und Sonnenbad

will der Naturheilverein hier einrichten. Er hat zu diesem Zwecke vom Stadtrat ein 13 882 qm großes Gelände beim früheren Weiertheimer Gänseweier im Gemarkung Dammertod gepachtet. Die Stadtgemeinde behält sich das Recht vor, die Bodanlage jederzeit gegen Erlass ihres Wertes zu übernehmen.

Zum Streik der Tapezierer.

In der Angelegenheit Dittelhörst können wir heute berichten, daß die Firma ihre Polsterwerkstatt nach Ursachal, Bergstraße 9, verlegt hat. Am Samstag Abend vor 6 Uhr wurde eine ganze Wagenladung zum Teil angefangener Polstermöbel in Begleitung des Buchhalters Doll nach der Gilgutabfertigung geschickt. Dieselben wurden am Sonntag Morgen halb 10 Uhr in Ursachal, Bergstraße 9, befestigt. Dasselbst wohnt ein früherer Tapezierer Namens Spatz, welcher auch hier die Wanderung über die Dächer mitgemacht hat. Dieser famose Herr ist den Tapezierern schon aus früheren Jahren, und auch jedenfalls dem Ursachaler Publikum zur Genüge bekannt. Es wird niemand behaupten, daß dadurch die Möbel besser und billiger hergestellt werden, als wenn die Möbel von eingearbeiteten Leuten gemacht worden wären. Wir zweifeln auch daran, daß dadurch der Kundschäft in vollem Maße gedient ist. — Dasselbe trifft auch bei der Firma Simmelheber zu, welche ihre Arbeiten bei hiesigen Kleinmeistern anfertigen läßt.

Die Streikleitung.

Zur Nachahmung zu empfehlen

ist ein Beschluß des Mannheimer Stadtrats, für jede Klasse der Volks- und Bürgerschule einen Nachmittag dem Spiele freizugeben. Die Hausaufgaben fallen an diesem Tage weg.

Die Kreisumlage

für den Kreis Karlsruhe-Baden wurde von der Kreisversammlung von 16 auf 18 Pf. pro 1000 Mk. Steuerkapital erhöht.

* Neue Einrichtungen im Bierordtsbad. Nachdem der Bürgerausschuß die Mittel für die Verlegung der Anrabeilung und die Errichtung von 12 neuen Wannenbädern 3. Klasse im städt. Bierordtsbad (mit einem Kostenaufwand von 16 000 Mk.) genehmigt hat, wird die Inangriffnahme der erforderlichen Arbeiten beschlossen. Gleichzeitig soll in dem Badgebäude eine Friseurstube eingerichtet werden. Die Miete für das Zimmer schießt in die Badenhaltungskasse, die Einrichtung des Zimmers für den Betrieb ist Sache des Mieters.

Die Direktion des städtischen Wasserwerks wird ersucht, Pläne, Kostenschlag und Rentabilitätsberechnung für die Fortführung der Wasserleitung nach dem Stadtteil Weiertheim aufzustellen und vorzulegen.

* Fußballsport. Das Wettspiel der kombinierten Mannschaft auf dem Rhönigsporthplatz gegen den Mannheimer Fußballklub Rhönig endigte mit einem Siege von 6:0 zugunsten der Karlsruher, nachdem bis zur Pause das Ergebnis noch 0:0 gestanden hatte. — Ein ganz vorzügliches Resultat stellte die erste Rhönigmannschaft in dem Wettspiel gegen den Fußballklub Nürnberg in Nürnberg auf; sie gewann dank des glänzenden Zusammenarbeitens aller Spieler mit 7:2 Toren. Nürnberg, Inhaber der Kreismeisterschaft, hatte in den Kreispielen um die süddeutsche Meisterschaft gegen die bekannten Stuttgarter Kickers jeweils nur 4:1 und 2:1 verloren. Welches Ansehen der F. C. Karlsruhe auch auswärts genießt, beweist am besten die Tatsache, daß 1800 Zuschauer den Nürnberger Spielplatz umfüllten. Sie brachten den trefflichen Leistungen beider Mannschaften, besonders der Mannschaft des F. C. Rhönig am Schluß des Spieles begeisterte Beifallsbekundungen dar.

* Gestorben ist am Sonntag Abend nach einem langen schweren Leiden Herr Stadtratsrat Kreh, der erste Beamte des hiesigen Grundbuchamts. Herr Kreh war ein ebenso tüchtiger als fleißiger und gewissenhafter Beamter, der in allen Kreisen der Karlsruher Bevölkerung großes Ansehen genoß.

* Promenade-Kongreß. Wie uns vom Verkehrsvereine mitgeteilt wird, findet nach einer neuerlichen Anordnung der Kommandantur von nun an bis auf weiteres außer Sonntags und Mittwochs auch Freitags Promenadenkongreß auf dem Friedriehsplatz statt (von 12,15 Uhr bis 12,45 Uhr mittags).

* Logishauswinder. In einem hiesigen Gasthause logierte sich eine angebliche Adon-Zuhäberin aus Stuttgart ein und verschwand ohne ihre Schuld mit 15 Mark zu bezahlen.

* Rette Fräuleinchen. Wegen Bedrohung wurde ein 19 Jahre alter Schreiner von hier angezeigt, der seinen Vater mit einem Revolver mit Loischüssen und ebenso ein 20 Jahre alter Tagelöhner, ehemaliger Zwangszögling, aus Waden-Baden, weil er seinen Vater mit Loischüssen bedrohte.

* Verhaftet wurde: ein 25 Jahre alter Kellner aus Volkfen, der von der Staatsanwaltschaft in Klauen, wegen Körperverletzung verfolgt wird, und ein 20 Jahre alter Dienstmädchen aus Luhe, das in einem hiesigen Warenhause Gegenstände im Werte von 28 Mark entwendete und auch von der Polizeibehörde in Zürich, wegen Diebstahls zur Festnahme ausgeschrieben ist.

Letzte Post.

Der Fall Eulenburg.

München, 27. April. Es wird mir zuverlässig berichtet, daß in Starnberg der Bürgermeister nicht nur die im Münchener Prozeß vernommenen Zeugen, sondern auch die vom Justizrat Bernstein benannten, auf die in der Verhandlung Verzicht geleistet wurde, im Auftrage der Berliner Staatsanwaltschaft vernommen hat. Der Bürgermeister ist nicht rechtskundig, sondern nahm diese Handlung in seiner Eigenschaft als Ortspolizeibehörde vor. Es ist auffällig, daß die Berliner Staatsanwaltschaft nicht einen Ermittlungsrichter um die Erledigung einer so schweren Aufgabe ersuchte. Nach den Anstrengungen, die es selbst dem so außerordentlich gewandten Vorsitzenden des Münchener Gerichts gekostet hat, aus dem Zeugen Ernst etwas herauszubekommen, kann man ungefähr ermessen, wie schwierig die Aufgabe des Bürgermeisters von Starnberg ist.

Berlin, 27. April. Bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I ist ein Schriftsatz des Fürsten Eulenburg eingetroffen, indem er seinen Eid aufrecht erhält und erklärt, nicht mehr tun zu können. Die eidlichen Zeugenaussagen im Münchener Prozeß gegen den Fürsten sind dagegen vom Fürsten Eulenburg in dem Schreiben an die Staatsanwaltschaft nicht angefochten worden.

Ein Maifestumzug genehmigt.

Fürth, 27. April. Das Gesuch des Gewerkschaftskartells Fürth, am 1. Mai einen Umzug zu gestalten, wurde vom Magistrat schon vor einiger Zeit genehmigt. Nun hat auch das Bezirksamt, dem die distriktspolizeilichen Befugnisse der Stadt Fürth übertragen sind, entgegen seiner bisherigen Gesogenheit zum erstenmale den Umzug genehmigt, und zwar ohne jede Einschränkung. Nur sollen keine roten Fahnen mitgetragen werden.

Von der liberalen Sezession.

Berlin, 27. April. Der sozial-liberale Verein für Berlin und Umgegend (Parti und Genossen) teilt mit, daß in seiner außerordentlichen Generalversammlung am Sonnabend nicht die Bildung eines neuen Vereins, sondern lediglich der Austritt aus dem Wahlverein der Liberalen (freiwilligen Vereinigung) beschlossen worden sei. Später allerdings will der Verein eventuell den Namen „demokratischer Verein“ annehmen.

Frieden im Baugewerbe.

Berlin, 28. April. Im Baugewerbe wird jetzt hoffentlich ein dauernder Frieden hergestellt werden. Das aus drei Unparteiischen zusammengesetzte Schiedsgericht, welches seit Donnerstag voriger Woche im Bürgerhause des Berliner Rathhauses tagte, hat gestern Abend halb 8 Uhr einen einstimmig beschlossenen Schiedsspruch abgegeben. Dr. Brenner-München schloß mit der Mahnung an die Parteien, für die Annahme des Schiedsspruches zu wirken.

Sozialdemokratischer Sieg.

Zürich, 27. April. Nach den bisher bekannten Ergebnissen der Kantonsratswahlen haben die Sozialdemokraten vier Sitze gewonnen. Die sozialdemokratischen Mehrheiten betragen nur wenige Stimmen. Im übrigen ist die Zusammensetzung des Kantonsrates unverändert geblieben.

Volksabstimmung.

St. Gallen, 27. April. Das Thurgauer Volk verwarf gestern mit 14 353 Nein- gegen 7 357 Ja-Stimmen das Gesetz über die Erhöhung der Beamtenbeholdungen, weil die liberale Partei den Widerheiten nicht die Verhältnismäßigkeit konzedieren will.

Nazi wiedergewählt.

Rom, 27. April. In Trapani, dem Wahlkreise des Ernministers Nasi, fand gestern eine Nachwahl für den aus der Kammer ausgeschlossenen Ernminister statt. Nasi wurde mit 2691 Stimmen wiedergewählt. Seine beiden sozialistischen Gegenkandidaten erhielten zusammen nur 531 Stimmen.

Eine englische Nachwahl.

London, 27. April. Bei der Ersatzwahl in Rincardineshire wurde der Liberale Murray gewählt, doch ging die Majorität seit 1906 von 2353 auf 1698 zurück, obwohl die Wahlbeteiligung stärker war als vor zwei Jahren.

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe. (Soz. Verein.) Mittwoch, 29. d. M., punkt 8 Uhr, bei Schaufelberger Ausschuhfzung.
Karlsruhe. (Gesangverein Bruderbund.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Vereinsbild seit gestern bei Siegel & Wels am Marktplatz ausgestellt ist. Ferner machen wir die Herrn Sängern auf die heute abend im „Prinz Heinrich“ stattfindende Gesamtprobe aufmerksam und erwarren volzzähliges und pünktliches Erscheinen.
Der Vorstand.
Karlsruhe. (Verband Deutscher Brauereiarbeiter.) Vorstand: Sonntag, den 17. Mai Ausflug nach Kastell. Am 1. Mai bleibt das Bureau geschlossen.
Karlsruhe. (Krb. Klub-Verein.) Mittwoch, den 29. April, abends halb 9 Uhr, Ausschuhfzung bei Mitglied Diez zum Pfannentitel.
Karlsruhe. (Arbeiter-Vöther-Verein.) Probe halb 9 Uhr Restauration „Alpenhorn“, Wilhelmstr. 69.
Der Vorstand.
Durlach. (Junge Garde) Mittwoch den 28., abends 8 Uhr, Versammlung. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

A., Rintheim. Wer ist A. in Rintheim? Anonyme Zuschriften finden keine Berücksichtigung.

Wasserstand des Rheins.

Dienstag, den 28. April, morgens 6 Uhr: Schusterinsel 2.15, gest. 10 cm, Rehl 2.64, gest. 3. Marau 4.21, gef. 1 cm, Mannheim 3.52 gest. 2 cm.

